



44/2008

Kiel, 22. April 2008

Vorschau auf die Themen der Landtagssitzung

Kiel (SHL) - Zum Auftakt der am morgigen Mittwoch beginnenden Landtagstagung befasst sich das Parlament mit der Versorgung von Kindern in Kindertagesstätten und der Möglichkeit, ein beitragsfreies KiTa-Jahr einzuführen. Noch bis Freitag Mittag beraten und entscheiden die Abgeordneten über eine Vielzahl von Anträgen, Berichten und Gesetzentwürfen. Nähere Informationen zu den Tagesordnungspunkten (TOP) enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet die Internet-Zeitung des Landtages, plenum-online. Sie ist unter www.sh-landtag.de erreichbar.

Mittwoch, 23. April 2008, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 22, 26 und 40, Anträge zur Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ (FDP), Stärkung der Qualität der Kindertagesstätten (FDP) und der Umsetzung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahres (B90/Die Grünen), (Drs. 16/1947, 1986, 2019), geplanter Aufruf um 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Die FDP fordert Nachbesserungen bei der Initiative "Kein Kind ohne Mahlzeit". Die Landesregierung müsse verhindern, dass Kinder einkommensschwacher Familien in einigen Kreisen des Landes vom Gratis-Mittagessen ausgeschlossen werden, weil die Behörden nur die Kosten für die Vormittagsbetreuung übernehmen. Hintergrund: In den Kreisen Plön und Ostholstein sieht die Sozialstaffel eine Kostenübernahme nur für vier Stunden KiTa-Betreuung am Tag vor. Dies deckt häufig die Zeit von 8 bis 12 Uhr ab – und endet, bevor das Mittagessen auf den Tisch kommt. Die Liberalen sprechen sich nun für landesweit „einheitliche Kriterien“ aus. Die von Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) ins Spiel gebrachte Verlegung der Kernbetreuungszeit auf 9 bis 13 Uhr hält die Oppositionsfraktion für „ungeeignet“, weil sie Nachteile für berufstätige Eltern mit sich bringe.

In der Diskussion um ein beitragsfreies Kindertagesstättenjahr in Schleswig-Holstein liegen dem Landtag zwei Anträge vor. Die Liberalen wollen von der Landesregierung wissen, welche Pläne sie zu diesem Thema in der Tasche hat und wie es um die Finanzierung bestellt ist. Hierzu wird ein mündlicher Bericht in dieser Sitzung erbeten.

Die Grünen wollen für eine bessere Kindergartenbetreuung die bisher für den Straßenbau vorgesehenen Gelder nutzen und außerdem die Grunderwerbsteuer erhöhen. Konkret sollen die für 2009 eingeplanten Mittel des Schleswig-Holstein-Fonds zu 25 Prozent in die frühkindliche Bildung fließen. Das sind 25 Millionen Euro. Bisher geht ein Drittel des Fonds in den Straßenbau. Außerdem vorgesehen sind Einnahmen aus einer um einen Prozentpunkt höheren Grunderwerbsteuer und aus Einsparungen in der Verwaltung. Grundsätzlich will die Oppositionsfraktion neben einer kostenlosen warmen Mahlzeit für Kindergartenkinder den KiTa-Besuch mittelfristig vollständig beitragsfrei gestalten. Auf dem Weg dahin soll zunächst ab Sommer 2009 das letzte Jahr vor der Schule kostenfrei sein.

TOP 12 Erste Lesung der Gesetzesänderung zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen, Gesetzentwurf von CDU und SPD (Drs. 16/1994), geplanter Aufruf um 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die CDU/SPD-Koalition hat einen Gesetzentwurf zum neuen, im November vergangenen Jahres verabschiedeten Kinder- und Jugendschutzgesetz eingebracht, mit dem die erforderlichen Gelder für die Umsetzung der Schutzmaßnahmen im laufenden Haushaltsjahr freigegeben werden. So sollen sich für 2008 beispielsweise die Kosten im Bereich des "Geschäftsbereichs und Kommunikation" um knapp 89.000 Euro erhöhen. Und im Haushaltsgesetz neu eingerichtet werden Posten in den Bereichen Eltern-Informationen (140.000 Euro), Angebote für interdisziplinäre Fortbildungen (90.000), Zuweisungen an die Kommunen für "frühe Hilfe für Familien" (750.000) oder für die Einrichtung eines Kinderschutztelefons (70.000). Die zusätzlichen Mittel werden an anderer Stelle im Etat gedeckelt. Das Gesetz soll bereits am Freitag in Zweiter Lesung verabschiedet werden, damit es umgehend in Kraft treten kann.

TOP 15 Wahl der Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes Schleswig-Holstein, Bericht und Beschlussempfehlung des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl des Landesverfassungsgerichts /Drs. 16/2010), geplanter Aufruf um 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten, Vereidigung im Plenum um 15:00 Uhr

Der Landtag hatte im Dezember vergangenen Jahres als letztes Bundesland den Weg für die Einrichtung eines eigenständigen Verfassungsgerichts für Schleswig-Holstein freigegeben. Nachdem der "Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts" des Landtages in der vergangenen Woche seine Vorschläge für die Besetzung der sieben Richterstellen und der jeweiligen Stellvertreter für das schleswig-holsteinische Landesverfassungsgericht abgegeben hat, liegt es nun am Plenum, die Nominierungen in geheimer Wahl mit Zweidrittelmehrheit abzusegnen. Anschließend erhalten die Richter, die ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausüben werden, ihre Ernennungsurkunden von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen; die Vereidigung durch Landtagspräsident Martin Kayenburg ist für 15:00 Uhr vorgesehen. Geht alles wie geplant über die parlamentarische Bühne, kann das Landesverfassungsgericht in Schleswig am 1. Mai 2008 seine Arbeit aufnehmen. Als Präsident mit einer Amtszeit bis zum 30. April 2017 ist der Präsident des Landgerichts Itzehoe, Dr. Bernhard Flor, vorgesehen.

TOP 31 und 36, Anträge „Hilfe für Arbeitslose aus einer Hand – Optionsmodell ausweiten“ (FDP, Drs. 16/1991) und „Neuordnung der SGB II Trägerschaft“ (B90/Die Grünen, Drs. 16/1999), geplanter Aufruf um 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

FDP und Grüne wenden sich bei der Betreuung von Hartz-IV-Empfängern gegen das Modell so genannter „kooperativer Jobcenter“ von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (BA), das Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) ins Spiel gebracht hat. Stattdessen sprechen sie sich dafür aus, Langzeitarbeitslose „aus einer Hand“ durch die Kommunen zu versorgen. Um dies flächendeckend zu ermöglichen, soll sich die Landesregierung im Bundesrat für eine Ausweitung des Modells der so genannten Optionskommunen einsetzen. Im Land gibt es bereits zwei Kommunen, die ihre Langzeitarbeitslosen nach dem Optionsmodell „aus einer Hand“ betreuen: die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg.

TOP 62 Tragfähigkeit der Finanzen des Landes, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/1865), geplanter Aufruf um 12:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Lage des Landeshaushalts wird auf Jahrzehnte hinaus angespannt bleiben, zumal durch den demographischen Wandel zusätzliche Belastungen auf Schleswig-Holstein zukommen. Das geht aus einem Regierungsbericht über die Tragfähigkeit der Landesfinanzen hervor, den die FDP beantragt hat.

Um im Jahre 2050 einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen, müssten dem Papier aus dem Finanzministerium zufolge jedes Jahr 1,85 Prozent des Budgets eingespart werden – oder die Einnahmen müssten entsprechend steigen. Mit einem solchen Konsolidierungskurs könnte das Land die Zusatzlasten durch die Alterung der Bevölkerung und die Mindereinnahmen durch den zu erwartenden Rückgang der Einwohnerzahl auffangen. Der demographische Wandel wirkt sich beispielsweise durch Mehrkosten bei der Beamtenversorgung auf den Haushalt aus. Demgegenüber bieten die in den kommenden Jahren anstehenden Pensionierungen im öffentlichen Dienst dem Bericht zufolge die Möglichkeit, Stellen einzusparen und Personalkosten zu senken.

TOP 29 Zukunft der HSH-Nordbank, Antrag der FDP (Drs. 16/1989), geplanter Aufruf um 15:30 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Die FDP macht die Lage der HSH Nordbank zum Thema im Kieler Landtag. Die Regierung müsse sich klar zu den Auswirkungen der geplanten Kapitalerhöhung auf den Landeshaushalt äußern, die nach Medienberichten in Höhe von zwei Milliarden Euro vorgesehen ist. Hiervon sollen rund 400 Millionen auf das Land entfallen. Die Liberalen betonen, eine Kapitalerhöhung in dieser Größenordnung könne es nur mit Zustimmung des Parlaments geben. Zudem geht es um den ursprünglich für diesen geplanten Börsengang der HSH, der Meldungen zufolge bis auf weiteres verschoben wurde.

TOP 11 Erste Lesung zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen des Landes Schleswig-Holstein, Gesetzentwurf der FDP (Drs. 16/1985), geplanter Aufruf um 16:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Als Ansprechpartner für rund 250.000 Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein übt Dr. Ulrich Hase seit 1997 hauptamtlich das Amt des Landesbeauftragten aus und ist noch bis 2010 gewählt. Die Stelle ist ab seit 2003 organisatorisch im Sozialministerium angeschlossen, aber in seiner fachlichen Arbeit ist der Beauftragte unabhängig. Die FDP schlägt nun vor, den Landesbeauftragten beim Landtag anzusiedeln. Mit ein Grund für den angestrebten Dienstherren-Wechsel ist die enge Nähe zur Arbeit der ebenfalls beim Landtag arbeitenden Bürgerbeauftragten für Soziale Angelegenheiten, Birgit Wille-Handels. Ebenso wie die Bürgerbeauftragte soll der Landesbeauftragte künftig vom Landtag für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden; eine Wiederwahl soll zulässig sein.

TOP 27 Gesundheitsfonds stoppen – Beitragshöhe der Krankenkassen bewahren, Antrag der FDP (Drs. 16/1987), geplanter Aufruf um 17:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Liberalen fordern, die zum 1. Januar kommenden Jahres geplante Einführung des Gesundheitsfonds zu stoppen. Dafür solle sich die Landesregierung im Rahmen einer Bundratsinitiative einsetzen. Der Gesundheitsfonds: Ab 1. Januar 2009 sollen die Krankenkassenbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die derzeit, je nach Kassenzugehörigkeit, unterschiedlich hoch sind, vereinheitlicht werden. Das Geld soll dann nicht mehr direkt an die Kassen gehen, sondern in einen gemeinsamen Fonds fließen. Auch der Staat will hier Steuergelder in Milliardenhöhe einzahlen, etwa für die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern. Die Krankenkassen erhalten dann für jeden Versicherten einen einheitlichen Betrag. Zudem soll es Ausgleichszahlungen von Kassen mit weniger Kranken an Kassen mit vielen Kranken geben. Eine Kasse, die mit dem Geld nicht auskommt, soll Zusatzbeiträge erheben können. Bei einem Überschuss sind Beitragsrückzahlungen möglich.

TOP 28 Schleswig-Holsteins Tariftreue EU-konform gestalten, Antrag der FDP (Drs. 16/1988), geplanter Aufruf 17:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Das Tariftreue-Gesetz in Schleswig-Holstein läuft noch bis Ende 2010. Es gilt für öffentliche Bauaufträge, für den Schienen-Personennahverkehr, für die Abfallwirtschaft und für den Bus-ÖPNV. Die Regelung greift für Aufträge ab 10.000 Euro. Landesbehörden müssen das Gesetz anwenden, Kommunen können sich freiwillig anschließen. Die Liberalen fordern nun von der Landesregierung, die in Schleswig-Holstein geltenden Regelungen auf ihre Übereinstimmung mit EU-Recht zu überprüfen und dem Landtag im Juni über die Ergebnisse zu berichten. Hintergrund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Luxemburg, das Anfang April entschied: Im Kampf gegen Billiglöhne dürfe der Staat die Vergabe öffentlicher Bauaufträge nicht an die Einhaltung spezieller Tarifverträge koppeln. Ausgangspunkt war ein Rechtsstreit im Bundesland Niedersachsen, wo es wie in Schleswig-Holstein sogenannte Tariftreue-Gesetze gibt. Dort hatte sich eine Baufirma bei einem Gefängnisbau nach EuGH-Angaben zwar zur Einhaltung der Tarifverträge verpflichtet. Ein polnischer Subunternehmer beschäftigte aber 53 Arbeiter, die nur 46,57 Prozent des Tariflohns für öffentliche Bauten in Niedersachsen bekamen. Das Land forderte deshalb eine Vertragsstrafe von knapp 85.000 Euro vom Insolvenzverwalter des Hauptunternehmers – und war damit vor dem EuGH gescheitert. Entsprechende Regelungen im niedersächsischen Landesverwaltungsgericht widersprächen den EU-Regeln für die Entsendung von Arbeitnehmern, hieß es im Urteil.

Donnerstag, 24. April 2008, 09:00 bis 18:00 Uhr

TOP 20 Hochbegabtenförderung, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU (Drs. 16/1942), geplanter Aufruf um 09:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Als hochbegabt gilt, wer einen Intelligenzquotienten von über 130 hat. Schätzungen zufolge trifft dies auf etwa zwei bis drei Prozent der Bevölkerung zu. Nach dieser Annahme wären etwa 500 bis 900 Schüler eines jeden Jahrgangs in Schleswig-Holstein hochbegabt. Exakte Zahlen liefert das Papier nicht: Daten über Hochbegabung werden von den Schulbehörden nach Angaben des Bildungsministeriums nicht erhoben. Aus der Antwort der Landesregierung geht zudem hervor, dass im Schuljahr 2006/2007 knapp 2.100 Kinder vorzeitig eingeschult wurden. Das sind 7,5 Prozent aller Einschulungen. Neun Jahre zuvor lag der Wert noch bei 2,9 Prozent. 193 Schüler haben im vergangenen Schuljahr eine Klasse übersprungen.

TOP 41 Finanzierung der Universität Flensburg und die Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet, Antrag des SSW (Drs. 16/2020), geplanter Aufruf um 10:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Der SSW fordert eine Aufstockung der Landesmittel für die Universität Flensburg. Die Minderheitenpartei nimmt die Befürchtungen des Uni-Rektorats auf, das von einer Unterfinanzierung in Höhe von sechs Millionen Euro spricht und vor der „Rückführung der Universität auf ihr Kerngeschäft, die Lehrerausbildung“ warnt. Hierdurch sei ein Verlust von 1.800 der derzeit 4.200 Studienplätze zu befürchten, ebenso wie eine Einschränkung der Zusammenarbeit mit dem Campus der Syddansk Universitet (SDU) in Sonderburg.

TOP 18 Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP (Drs. 16/1940), geplanter Aufruf um 10:30 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Das Gesundheitsministerium in der Antwort zu dem Schluss, dass die Gesundheitswirtschaft eine „große Bedeutung“ in Schleswig-Holstein hat und „über hohe Kompetenzen und Potentiale verfügt“. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeit und Technik waren im Jahr 2004 knapp 137.000 Menschen im nördlichsten Bundesland in der Gesundheitswirtschaft sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Mit einem Anteil von 17,5 Prozent der Beschäftigten sei dies die Spitzenposition unter allen Bundesländern. Allerdings sei dies vermutlich die Untergrenze, da es derzeit im Bereich der Gesundheitswirtschaft keine einheitliche Definition beziehungsweise Erfassung gebe. Besondere Stärken Schleswig-Holsteins liegen laut dem Papier in den Bereichen Pharmazie, Medizintechnik und Gesundheitstourismus. In der Medizintechnik-Branche und in der pharmazeutischen Industrie sei der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den insgesamt im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten doppelt beziehungsweise mehr als doppelt so hoch wie im Bundesschnitt.

TOP 32 Deutsch-dänisches Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, Antrag des SSW (Drs. 16/1992), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Der SSW fordert ein deutsch-dänisches Rahmenabkommen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Hierzu sollen unter anderem ein gemeinsames Versorgungsangebot für die Bewohner des Grenzraums gehören, ebenso wie eine grenzüberschreitende Notfallversorgung und ein besserer Austausch von medizinischem Personal. Die Minderheitenpartei bemängelt, dass es ein solches Abkommen noch nicht gibt – anders als im deutsch-französischen Grenzraum, wo derartige Absprachen seit 2005 bestehen.

TOP 37 Biologische Vielfalt erhalten – Artensterben bis 2010 stoppen, Antrag B90/Die Grünen (Drs. 16/2000), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen fordern von der Landesregierung zur September einen Bericht zur Biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein. Der Report soll schwerpunktmäßig darauf eingehen, wie die von der Bundesregierung im Herbst vergangenen Jahres aufgestellte "Nationale Strategie" in diesem Bereich in Schleswig-Holstein umgesetzt werden soll. Die Vorgaben des Bundes, die von alle Bundesländern Maßnahmen zum Schutz der Biologischen Vielfalt fordert, basiert auf einem internationalen Abkommen, das 1992 auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro beschlossen wurde. Oberstes Ziel ist es, bis 2010 das rapide Artensterben deutlich zu bremsen.

Neben dem Regierungsbericht fordern die Grünen von der Landesregierung, das ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung im Umwelt- und Naturschutz zu fördern sowie „1.000 Patenschaften zur Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt zu unterstützen“.

TOP 34 Versorgung mit Lehrkräften an den Gymnasien, Antrag B90/Die Grünen (Drs. 16/1990), geplanter Aufruf 12:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen beklagen die schlechter werdende Lehrerversorgung an den Gymnasien und fordern hierzu bis Mai einen Regierungsbericht mit aktuellen Zahlen. Sie nehmen damit die Befürchtungen des Landeselternbeirates der Gymnasien auf.

Laut dem Bericht der Landesregierung zur Unterrichtsversorgung für das laufende Schuljahr ist die Zahl der Gymnasiasten im Lande zwischen 2005/06 und 2006/07 um 3,9 Prozent auf 79.067 angestiegen. Die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden an den Gymnasien ist im selben Zeitraum jedoch nur um etwa 1,5 Prozent gestiegen. Hieraus folgern die Grünen, „dass sich die Relation ‚erteilte Stunden je SchülerIn‘ verschlechtert hat“.

TOP 38 und 53 Anträge „Abschied vom Kohlestrom“ (B90/Die Grünen, Drs. 16/2017) und „Neubau von Kohlekraftwerken in SH verhindern“ (Beschlussempf. Wirtschaftsausschuss, Drs. 16/1982), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Die Grünen wenden sich erneut gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke im Lande. Mit dem geplanten Bau von vier neuen Großanlagen mit jeweils 800 Megawatt (MW) Leistung in Brunsbüttel und Kiel würde sich der CO₂-Ausstoß aus der Stromerzeugung von heute 6,7 Millionen Tonnen auf 22 Millionen Tonnen verdreifachen, so die Oppositionsfraktion. Dadurch würde Schleswig-Holstein bei den Plänen der Bundesregierung zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent bis 2020 und um 80 Prozent bis 2050 scheitern. Als Alterna-

tive zur Kohle setzen die Grünen auf Off-Shore-Windkraft, Kraft-Wärme-Kopplung „als Brückentechnologie ins Solarzeitalter“ sowie Gas-und-Dampf-Kraftwerke (GuD).

Zudem berät der Landtag abschließend über zwei Anträge der Grünen und des SSW vom vergangenen Mai zu diesem Thema. Die Grünen haben sich darin gegen den Verkauf eines Grundstückes in Brunsbüttel an die SWS gewandt, der SSW forderte „die langfristige Umstellung auf erneuerbare Energien“. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt, beide Anträge abzulehnen.

TOP 33 Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer, Antrag B90/Die Grünen (Drs. 16/1993), geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen wollen eine Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer stoppen. Gemeinsam mit der Umweltstiftung WWF und dem nordfriesischen Landrat Dieter Harrsen haben sie entsprechenden Pläne des Energiekonzern RWE Dea Anfang April in Kiel vehement abgelehnt. Die Kritik: Die geplanten so genannten Explorationsbohrungen stünden im Widerspruch zum Nationalparkgesetz. Das Gesetz gewähre nur der bereits laufenden Ölförderung von der Plattform Mittelplate Bestandsschutz. Der nordfriesische Kreistag hat sich bereits einstimmig gegen die geplanten Bohrungen ausgesprochen. RWE Dea fördert im größten Nationalpark Westeuropas schon seit 1987 Öl, bisher mehr als 20 Millionen Tonnen. 30 bis 35 Millionen Tonnen sind nach dem heutigen Stand der Technik noch möglich.

TOP 35 Anmeldungen zur Sekundarstufe 1, Antrag B90/Die Grünen (Drs. 16/1998), geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen fordern einen Regierungsbericht über die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen im Lande fürs neue Schuljahr. Sie fragen insbesondere nach den Zahlen für die neuen Schulformen Regional- und Gemeinschaftsschule.

Laut dem neuen Schulgesetz sollen sich bis spätestens 2010 alle Haupt- und Realschulen im Lande zu Gemeinschaftsschulen zusammenschließen. Zudem können Gemeinschaftsschulen entstehen, in denen alle Schüler bis zur zehnten Klasse zusammen lernen. Im Februar hat das Bildungsministerium für das neue Schuljahr 38 Regional- und 49 Gemeinschaftsschulen genehmigt.

TOP 45 Zukunft des Universitätsklinikums, Beschlussempfehlung Bildungsausschuss (Drs. 16/1956), geplanter Aufruf 17:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der Landtag debattiert erneut über die Situation am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) Basis der Debatte sind Anträge der Grünen und der Großen Koalition vom Februar. Die Grünen fordern ein „Gesamtkonzept“ für die Sanierung und wenden sich gegen die vom Vorstand ins Spiel gebrachte Wiederbesetzungssperre zur Reduzierung der Personalkosten. Die Koalition unterstützt den Sanierungskurs der Landesregierung, das Defizit des UK S-H bis 2010 auf Null zu bringen und spricht sich dafür aus, Teilprivatisierungen zu prüfen. Der Bildungsausschuss empfiehlt, den Grünen-Antrag abzulehnen und den CDU/SPD-Antrag anzunehmen. Das UK S-H ist zum 1. Januar 2003 aus den Universitätsklinikum Kiel und Lübeck entstanden. Es hat 2.400 Patientenbetten und ist mit derzeit 10.600 Beschäftigten der

größte Arbeitsgeber im Lande. 6.100 Beschäftigte arbeiten in Kiel, 4.500 in Lübeck. Das UK S-H ist eine Anstalt öffentlichen Rechts in Trägerschaft des Landes.

TOP 61 Sozialbestattungen gemäß SGB XII, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/1842 neu), geplanter Aufruf 17:35, geplante Redezeit 30 Minuten

Die öffentliche Pflicht zur Sozialbestattung ist im Sozialgesetzbuch XII des Bundes sowie im Bestattungsgesetz des Landes festgelegt, das der Landtag im Januar 2005 verabschiedet hat. Bei einer Sozialbestattung übernehmen Kreis oder Gemeinde die Kosten für eine „würdige, den örtlichen Verhältnissen entsprechende, einfache Bestattung“ teilweise oder ganz, wenn der Verstorbene oder die Hinterbliebenen dies aus eigener Kraft nicht leisten können.

Der Regierungsbericht enthält nur lückenhafte Angaben über den Umgang der Kreise und kreisfreien Städte mit diesem Thema. Lediglich die Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster hätten Daten geliefert, allerdings zum Teil auch nicht aktuell. Demnach haben die Städte im vergangenen Jahr zwischen 1.800 Euro (in Flensburg) und 3.054 Euro (in Lübeck) pro Sozialbestattung aufgewendet. Hinzu kommen jährliche Gesamtkosten zwischen 55.000 Euro (Neumünster im Jahr 2007) und 261.000 Euro (Kiel im Jahr 2005) für ordnungsbehördliche Bestattungen, etwa von mittellos verstorbenen Bewohnern von Pflegeheimen. Die unterschiedliche Höhe der Kosten erklärt das Sozialministerium durch jeweils vor Ort getroffenen Rahmenvereinbarungen zwischen der Kommune und den Bestattungsunternehmern über die Ausgestaltung der Bestattung. Die Landesregierung spricht sich hier für einheitliche Standards aus.

Freitag, 25. April 2008, 09:00 bis 12:30 Uhr

TOP 17 Versorgung mit Postdienstleistungen in Schleswig-Holstein, Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 16/1848), geplanter Aufruf um 09:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Die Jahreswende 2007/2008 markiert einen Einschnitt in der deutschen Post-Landschaft: Die Deutsche Post AG (DPAG) hat seit dem 1. Januar ihr Monopol auf die Beförderung von Briefen mit bis zu 50 Gramm Gewicht verloren. In der Post-Universaldienstleistungsverordnung ist geregelt, dass die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen auch in wenig lukrativen, dünn besiedelten Gegenden erhalten bleiben muss – trotz des Wettbewerbs. Bundesweit soll es mindestens 12.000 Postfilialen geben. In jedem Ort ab 2.000 Einwohnern sowie pro 80 Quadratkilometer Fläche soll den Bürgern eine Post zu Verfügung stehen. In Orten über 4.000 Einwohner darf der Weg für den Kunden zur Post höchstens zwei Kilometer betragen; der Weg zum Briefkasten soll maximal 1.000 Meter betragen.

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums kommt die DPAG in Schleswig-Holstein den Vorgaben nach und sorgt so für eine „ausreichende“ Versorgung. Aus wirtschaftlichen Gründen und wegen geringer Kundennachfrage sind seit dem Jahr 2000 insgesamt 89 Postfilialen im Lande geschlossen worden. Teilweise gab es Neueröffnungen, so dass die Gesamtzahl der Filialen im Lande in den letzten acht Jahren in der Summe um 22 auf 420 gesunken ist. Hierzu zählen 181 posteigene Einrichtungen und 239 so genannte Postpoints, in denen private Betreiber im Auftrag der DPAG einen eingeschränkten Service anbieten. Die Landesre-

gierung betont, dass sie auf diese unternehmerischen Entscheidungen keinen Einfluss habe. Neben der DPAG gibt es in Schleswig-Holstein dem Bericht zufolge 27 private Post-Anbieter, die überwiegend Geschäftspost transportieren. In diesen Firmen waren im März 2007 insgesamt 140 Vollzeitbeschäftigte und 200 Teilzeitbeschäftigte tätig. Daneben gibt es 1.450 geringfügig Beschäftigte und 370 Minijobber. Auch die DPAG will verstärkt auf Teilzeit setzen.

TOP 67 Bericht der Landesregierung zur Ausgestaltung des verkürzten gymnasialen Bildungsganges (G 8), Drs. 16/1948, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Der Landtag diskutiert einen von CDU und SPD beantragten Regierungsbericht zum Thema Umstellung der Gymnasien auf das Abitur nach acht Jahren (G8). Bundesweit wird seit Wochen eine kontroverse Diskussion über eine mögliche Überlastung der Schüler durch G8 geführt. Das schleswig-holsteinische Bildungsministerium setzt dem Bericht zufolge auf Flexibilisierung. Schulen sollen im Rahmen der Kontingenztafel selbst entscheiden können, ob sie Unterrichtsinhalte von der Unter- in die Mittelstufe verschieben. Auch neue Lernformen, etwa Projektunterricht oder so genannter Epochenunterricht, in dem Lerninhalte, Übungen und Entspannungsphasen sich ablösen, sollen verstärkt zum Einsatz kommen.

Zudem stellt das Bildungsministerium im Rahmen der Fortbildungsinitiative „Lernen fördern – Leistung fördern“ in den nächsten vier Jahren zusätzlich eine Million Euro zur Verfügung. Und: Der Ausbau offener Ganztagschulen soll weiter vorangetrieben werden. Derzeit machen 63 der 99 Gymnasien im Lande Ganztagsangebote. 47 gelten als offene Ganztagschulen.

TOP 51 Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz, Beschlussempfehlung Wirtschaftsausschuss, Drs. 16/1980, geplanter Aufruf 10:30 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der Wirtschaftsausschuss erneuert sein Ja zur Verlegung von Erdkabeln anstelle von Freileitungen. Allerdings, so heißt es in einer Entschließung des Ausschusses, müsse diese „technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar“ sein. Zudem müssten sich die Off-Shore-Windmüller, die ihren Strom durch diese Leitungen an den Kunden bringen wollen, „angemessen an den möglichen Mehrkosten von Erdkabeln beteiligen“. Zudem begrüßt der Ausschuss die Initiative der Bundesregierung, nicht nur bei Off-Shore-Windparks, sondern auch für Anlagen in einem 20 Kilometer tiefen Küstenstreifen ein Planfeststellungsverfahren nach Landesrecht vorzuschreiben.

TOP 24 Föderalismuskommission II darf nicht scheitern, Antrag B90/Die Grünen (Drs. 16/1972) , geplanter Aufruf 11:05 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen setzen sich für einen erfolgreichen Abschluss der derzeit laufenden Beratungen zur Föderalismusreform II ein. Neben einer Altschuldenregelung und einer konjunkturunabhängigen Schuldenbremse plädieren sie für die Einrichtung einer einheitlichen Bundessteuerverwaltung sowie für mehr Investitionen in die Bildung. Die Reformvorschläge werden in der Föderalismuskommission II beraten, die sich im März letzten Jahres in Berlin konstituiert hat. Ihr gehören die 16 Ministerpräsidenten sowie 16 Vertreter des Bundestages an. Hinzu

kommt die „Bank der Landtage“: vier Vertreter der Landesparlamente mit beratender Stimme. Hier nimmt Landtagspräsident Martin Kayenburg, der bereits der ersten Föderalismuskommission angehört hat, als Vertreter der Landtagspräsidentenkonferenz und der CDU-Fraktionsvorsitzenden der Landesparlamente Platz. Die Sozialdemokraten haben ebenfalls ein Nordlicht entsandt: den schleswig-holsteinischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner. Vorsitzende der Kommission sind der SPD-Fraktionschef im Bundestag, Peter Struck, sowie Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Günter Oettinger (CDU).

Der weitere Fahrplan der Föderalismusreform: Ende April wird der Bericht der Arbeitsgruppe zur Sanierung der hoch verschuldeten Bundesländer erwartet, zu denen auch Schleswig-Holstein gehört. Anfang Mai wollen die Kommissionsvorsitzenden erste Eckpunkte vorlegen. Bis November soll dann ein konkreter Gesetzentwurf auf dem Tisch liegen, der bis Frühjahr 2009 durch die parlamentarischen Beratungen gebracht werden soll.

TOP 63 Transparenter und gerechter Zugang zu Organspenden, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/1943), geplanter Aufruf 11:35 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Auf Antrag der Grünen berichtet Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht (SPD) über die von ihr in den Medien angekündigte Sachverständigenprüfung über die Vergabe von Spenderorganen in Schleswig-Holstein. Der Vorwurf: Kassenpatienten sollen bei Organtransplantationen in Schleswig-Holstein benachteiligt werden. Das Expertengutachten des Sozialministeriums, das der Lübecker Sozialmediziner Prof. Heiner Raspe erstellt hat, kommt demgegenüber zu einem anderen Schluss: „Wir fanden keine Hinweise auf eine soziale Diskriminierung von GKV-Versicherten im Sinne einer fehlenden Chancengleichheit.“ Im Gegenteil: „Der Anteil der ‚privat versicherten‘ bei den Transplantationspatienten ist mit 11,6 Prozent im Vergleich mit der deutschen Bevölkerung (12,1 Prozent laut Mikrozensus 2003) sowie der Bevölkerung Schleswig-Holsteins (13,3 Prozent laut Mikrozensus 2003) nicht erhöht, sondern niedriger.“

TOP 64 und 66 Wirtschaftliche Effekte der Erneuerbaren Energien für SH und Nordseekooperation, Berichte der Landesregierung (Drs. 16/1944 und 1946), geplanter Aufruf 12:05 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Auf Antrag der Grünen berichtet die Landesregierung in dieser Tagung schriftlich über die wirtschaftlichen Effekte der Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein. Laut dem Papier des Wirtschaftsministeriums gibt es allerdings keine belastbaren Daten zu den wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen alternativer Energiebeschaffung. Zahlen hat das Ministerium größtenteils allein für den Bereich der Windenergie parat. Im vergangenen Jahr wurden rechnerisch rund 39 Prozent des im Land zwischen den Meeren verbrauchten Stroms aus Windenergie erzeugt.

Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien hat in Schleswig-Holstein seit 1990 erheblich zugenommen. Allein bei der Windenergienutzung ist die installierte Leistung von 35 Megawatt im Jahr 1990 auf 2.423 Megawatt im Jahr 2007 angewachsen. Ziel der Landesregierung ist es bis 2020 rechnerisch 100 Prozent des schleswig-holsteinischen Stromverbrauchs aus Windenergie zu erzeugen.

Reihenfolge der Beratung der 31. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
TOP	Mittwoch, 23. April 2008		
22, 26 und 40	Anträge zur Initiative "Kein Kind ohne Mahlzeit", Stärkung der Qualität in den Kindertagesstätten und der Umsetzung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahres	60	10:00
12	Erste Lesung der Gesetzesänderung zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen	30	11:00
15	Wahl der Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes Schleswig-Holstein	30	11:30
31 und 36	Anträge „Hilfe für Arbeitslose aus einer Hand - Optionsmodell ausweiten“ und „Neuordnung der SGB II Trägerschaft“	30	12:00
62	Tragfähigkeit der Finanzen des Landes	30	12:30
15	Vereidigung der Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes Schleswig-Holstein	30	15:00
29	Zukunft der HSH-Nordbank	60	15:30
11	Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen des Landes Schleswig-Holstein	30	16:30
27	Gesundheitsfonds stoppen - Beitragshoheit der Krankenkassen bewahren	30	17:00
28	Schleswig-Holsteins Tariftreue EU-konform gestalten	30	17:30
	Donnerstag, 24. April 2008		
20	Hochbegabtenförderung	60	09:00
41	Finanzierung der Universität Flensburg und die Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet	30	10:00
18	Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein	60	10:30
32	Deutsch-dänisches Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich	30	11:30
37	Biologische Vielfalt erhalten – Artensterben bis 2010 stoppen	30	12:00
34	Versorgung mit Lehrkräften an den Gymnasien	30	12:30

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
38 und 53	Anträge zum Kohlestrom sowie zum Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein	60	15:00
33	Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer	30	16:00
35	Anmeldungen zur Sekundarstufe 1	30	16:30
45	Zukunft des Universitätsklinikums	35	17:00
61	Sozialbestattungen gemäß SGB XII	30	17:35
Freitag, 25. April 2008			
17	Versorgung mit Postdienstleistungen in Schleswig-Holstein	60	09:00
67	Bericht der Landesregierung zur Ausgestaltung des verkürzten gymnasialen Bildungsganges	30	10:00
51	Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz	35	10:30
24	Föderalismuskommission II darf nicht scheitern	30	11:05
63	Transparenter und gerechter Zugang zu Organspenden	30	11:35
64 und 66	Wirtschaftliche Effekte der Erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein und Nordseekooperation	30	12:05

Zu dem folgenden Tagesordnungspunkt ist eine Aussprache sowie eine feste Zeit des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP	
12	Zweite Lesung der Gesetzesänderung zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen
14	Wiederwahl der Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 16/2021).

TOP	
2	Lehrerbildungsgesetz
4	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und anderer Vorschriften
5	Neufassung des Berufsakademiegesetzes
6	Änderung des Sparkassengesetzes

7	Änderung des Ausbildungszentrumsgesetzes
8	Staatsvertrag über den Bilgenentwässerungsverband
9	Staatsvertrag über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen
10	Änderung des Gesetzes über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung (PIG)
13	Ersatzwahl für ein nichtständiges Mitglied des Richterwahlausschusses
23	Geplante Einleitung von Spülwasser mit Glutaraldehyd in die Ostsee verhindern
25	Einkommens- und Vermögensentwicklung in Schleswig-Holstein
39	Jugendfreiwilligendienste
42	a) Zwischenfälle in den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel am 28. Juni 2007 b) Melde- und Kontrollverfahren bei meldepflichtigen Ereignissen in Kernkraftwerken c) Atomanlagensicherheitsverordnung
43	Nordseekooperation
44	Zweckbindung von 40% der Mittel des Zukunftsprogramms Wirtschaft für erneuerbare Energien
49	Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.10.2007 bis 31.12.2007
50	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ - Rahmenplan 2008
54	Holzbeschaffungsrichtlinie in Schleswig-Holstein
56	Stellungnahme in dem Verfahren vor dem BVerfG zum Niedersächsischen Justizvollzugsgesetz
57	Umsetzung der Pflegereform
58	Arbeitshilfe zum einheitlichen Umgang mit dem § 35 a SGB VIII
59	Konzertierte Aktion zur Armutsbekämpfung durch Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums
60	Keine Zwangsverrentung bei Hartz-IV-Empfängern

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

3	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Nebentätigkeiten) b) Entwurf einer Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten Landtags
16	Situation von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein
19	Lage und Entwicklung des Handwerks in Schleswig-Holstein
21	Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung
46	Stoffpläne entrümpeln, individuelle Förderung stärken
47	Förderung von Ganztagsangeboten an Gymnasien
48	Eckpunkte zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen 2008
52	Netzausbau und Netzverstärkung zur Ableitung des Stroms aus erneuerbaren Energien
55	Dopingbekämpfung im Sport
65	Schutz personenbezogener Daten in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Polizei und Justiz

68	Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung 2006
69	Europabericht 2008
70	Verfassungsschutzbericht 2007
71	Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz 2008

Der Antrag zu folgendem Tagesordnungspunkt wurde von den Antragstellern zurückgenommen

30	Bilanz der Finanzämterfusion in Schleswig-Holstein
----	--

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*. Die April-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des 22. April 2008 ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Der Sender *Kiel TV* (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.